

NZZ am Sonntag

Brückeneinsturz

Italiens Populisten haben ihre erste Probe nicht bestanden

Die Politikerkaste ist korrupt, wir werden es besser machen – mit diesem stolzen Anspruch sind Italiens Populisten angetreten, doch schon beim ersten Ernstfall versagt ihre neue Regierung. Nach dem verheerenden Brückeneinsturz in Genua geht es vor allem darum, so gründlich, aber auch so rasch wie möglich herauszufinden, was zu dieser Katastrophe geführt hat. Waren es Fehler beim Bau, schlampiger Unterhalt, nachlässige Kontrollen, ein Naturereignis? Nur mit einer überzeugenden Antwort auf diese Fragen wird man verhindern können, dass sich ein ähnliches Unglück wiederholt. Denn ein Grossteil der Infrastrukturbauten in Italien stammen aus der gleichen Zeit wie die Autobahnbrücke. Doch solche Fragen kümmern die Cinque Stelle und die Lega nicht. Stattdessen stempeln sie voreilig den Autobahnbetreiber und die Europäische Union zu Schuldigen. So verletzen sie ein rechtsstaatliches Vorgehen bei der Suche nach den Verantwortlichen. Damit kommt man der Ursache des Unglücks nicht nur keinen Schritt näher, man setzt im Gegenteil das sonst so gern verteidigte Volk unerkannten Gefahren aus. Das Verhängnis von Genua hat den Italienerinnen und Italienern sehr rasch vor Augen geführt, wie gefährlich der Hochmut der Populisten ist, die sie gewählt haben. *Victor Merten*

Schweizer Landwirtschaft

Bedenklich grosse Sympathie für schädliche Initiativen

Die Zahlen sind ein Albtraum. Hätten die Schweizer Stimmberechtigten schon im August über die beiden Agrar-Initiativen abgestimmt, wäre laut einer Umfrage ein deutliches Ja herausgekommen. Dabei sind die «Fair-Food-Initiative» und vor allem die «Initiative für Ernährungssouveränität» Vorlagen aus der protektionistischen Rumpelkammer. Die zu zaghafte Öffnung des Schweizer Agrarmarktes soll rückgängig gemacht werden; die Initianten wollen den Trend hin zu weniger, aber grösseren Bauernbetrieben umkehren. Das würde eine Steigerung der bereits hohen Agrarsubventionen bedeuten; zudem müssten die Schweizer noch mehr für Lebensmittel bezahlen, deren Preise schon viel höher sind als im umliegenden Ausland. Die Bauerngewerkschafter machen sich zwei Entwicklungen zunutze: Die Sorgen um gesunde und nährstoffreiche Lebensmittel sind zunehmend verbreitet – die Agrarlobby suggeriert nun, dass nur gut isst, wer heimische Produkte konsumiert. Und Marktöffnungen stehen nicht mehr so hoch im Kurs, seit der US-Präsident Zollschranken hochzieht. Soll die Schweiz nicht zum Agrarmuseum verkommen, sind beide Initiativen abzulehnen. Den Gegnern bleibt bis zum 23. September viel Arbeit. *Francesco Benini*

Schule

Weniger Ferien, bitte!

Wer Kinder im Schulalter hat, weiss: Während der Sommerferien verdampft ein Teil des Schulwissens wie der Morgentau in der Hitze. «Summer learning loss» nennen es Fachleute. Eine Studie aus dem Süden der USA hat ergeben, dass bis ein Viertel des Wissens des vergangenen Schuljahres verloren geht, vor allem bei Kindern aus sozial tieferen Schichten, deren Eltern sie in den Ferien nicht zu Denksport anregen. Unsere Ferienpläne stammen aus Zeiten, in denen der Nachwuchs beim Heuen half und die Mütter zu Hause blieben und die Kinder beschäftigen konnten. Zeit also für eine Kürzung. Für die gewonnene Unterrichtszeit gäbe es eine sinnvolle Verwendung: den unsäglichen frühen Schulbeginn um 7 Uhr 30 abschaffen. *Michael Furger*

Chappatte im Sommer



Der externe Standpunkt

Ungleiche Löhne für Mann und Frau haben oft einen guten Grund

Misst man nicht die Löhne pro Arbeitszeit, sondern pro Arbeitszeit und Arbeitsweg, so schwinden die Unterschiede zwischen Mann und Frau, schreiben Reiner Eichenberger und Ann Barbara Bauer

Die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau werden in der gegenwärtigen politischen Debatte immer gewichtiger. Der Regierung dienen sie zunehmend als Grund, den Arbeitsmarkt zu regulieren, und manchen politischen Gruppierungen dienen sie als Argument gegen wichtige Reformen wie etwa Rentenalter 65 für Frauen.

Einig ist man sich heute, dass vernünftige Lohnvergleiche lohnwirksame Faktoren wie etwa das Alter, die Ausbildung, die Funktion oder die Branche berücksichtigen sollten. Entsprechende Studien für die Schweiz finden in der Folge «unerklärte Lohnunterschiede» von etwa sieben Prozent. Da diese Studien aber wichtige Aspekte der individuellen Arbeitsanforderungen und Firmeneigenschaften nicht erfassen, sagen sie noch nicht viel über Diskriminierung aus. Als besonders informativer Test für Lohndiskriminierung gelten deshalb Vergleiche innerhalb von Firmen, die das Anforderungsniveau der Stellen berücksichtigen. Solche Studien finden für die Schweiz Lohnunterschiede von nur zwei bis drei Prozent.

Alle diese Studien und der gesamte wissenschaftliche und öffentliche Diskurs leiden aber an einer und derselben, grundlegenden Schwäche. Sie fokussieren auf den Lohn pro Arbeitsstunde. Wichtig aus Sicht der Arbeitnehmer ist aber der Lohn im Verhältnis zum gesamten Arbeitsaufwand. Dazu zählen neben der Arbeitszeit all die Kosten, um die Arbeit überhaupt ausführen zu können. Davon am wichtigsten sind die zeitlichen, psychischen und finanziellen Kosten für den Arbeitsweg. Für viele ist ein langer Arbeitsweg belastend, oft sogar belastender – oder weniger erfreulich – als die Arbeit selbst.

Aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung – etwa mehr Doppelverdienerhaushalte, Arbeitsplatzverlagerungen sowie Regulierung und damit Inflexibilität des Wohnungsmarktes – pendeln immer mehr Menschen über immer weitere Strecken. Die

durchschnittliche Wegzeit pro Arbeitstag beträgt in der Schweiz rund eine Stunde, Tendenz klar zunehmend. Und die Wegzeiten und -längen unterscheiden sich geschlechtsspezifisch klar. Deshalb ist der Fokus alleine auf den Lohn pro Arbeitszeit zumindest erstaunlich.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich Arbeitsweg fallen nicht vom Himmel, sondern spiegeln das Verhalten der Arbeitenden. Viele Frauen mit Familie dürften im Durchschnitt eine stärkere Präferenz für kurze Pendelwege haben als Männer, weil es für die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und auch aus Steuergründen – Mehreinkommen wird besteuert, Zeitersparnis nicht – vorteilhaft ist. Entsprechend ist nicht nur ihr Suchrayon für Stellen eingeschränkt, sondern sie sind auch eher bereit als Männer, eine nahe gelegene Stelle mit tieferem Lohn einer weiter entfernten mit höherem Lohn vorzuziehen. Entsprechend haben Frauen tiefere Löhne pro Arbeitsstunde als Männer,

aber dafür kürzere Arbeitswege. Folglich fallen die Unterschiede bei Lohn pro Arbeitsaufwand gemessen als Summe von Arbeitszeit, Arbeitswegzeit und Arbeitswegkosten deutlich geringer aus.

Leider gehen die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich Zeit und Kosten für den Arbeitsweg nicht direkt und gut vergleichbar aus den möglichen Datenquellen – insbesondere Schweizerisches Haushaltspanel, Strukturerhebung und Mikrozensus Verkehr – hervor. Diese zeigen aber konsistent, dass die Wege von Frauen zeitlich und distanzmässig kürzer als die von Männern sind. Aufgrund der verfügbaren Daten kann vermutet werden, dass die Wegzeit- und Wegkostenunterschiede zwei bis drei Prozentpunkte der Lohnunterschiede kompensieren. Hinzu kommt, dass ein Teil des verbleibenden Lohnunterschieds ja ein Ergebnis einer freiwilligen Entscheidung für kürzere Wege statt höhere Löhne ist.

Verglichen mit den bisher bekannten geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden ist der Arbeitswegeffekt also höchst relevant. Der Effekt ist sogar ähnlich gross wie die innerhalb von Firmen gemessenen Unterschiede, er könnte – ein wenig verkürzt gesagt – also sogar die gesamte Lohnungleichheit erklären.

Was bedeutet das für die Politik? Es ist aus unserer Sicht unsinnig, bei der Lohn Diskussion so wie heute nur auf Lohn pro Arbeitszeit zu starren statt auf Lohn pro gesamtem Arbeitsaufwand. Zumindest ein gewichtiger Teil der heute beobachteten geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede ergibt sich nicht daraus, dass die Arbeitgeber Frauen aktiv diskriminieren, sondern daraus, dass viele Frauen eine andere familiäre Rolle als ihre Männer spielen. Deshalb bringt eine Politik, die unter diesen Bedingungen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erzwingt, keine Gerechtigkeit, sondern eine wirklich relevante Lohndiskriminierung: gleicher Lohn für ungleichen Arbeitsaufwand.

Reiner Eichenberger und Ann Barbara Bauer



Eichenberger



Bauer

Reiner Eichenberger, 57, ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Forschungsdirektor von Crema in Zürich.

Ann Barbara Bauer, 29, ist Doktorandin an der Universität Freiburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind endogene Alterung und Reformen von Rentensystemen.